

Verlag und Deutscher Osten G. V. Berlin W. M. Köpenickerstr. 46. (Fernruf 8 5. Vorbartha 1914.)
Postfachamt Berlin 68410 - Verantw. für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretsch. Anzeigenamt: Seite 2
Post: Deutsches Spandau. Juch. Rudolf Schmidt, Seefeldstr. 35 - Erscheint monatl. zweimal. - Postgebühr
vierteljährlich RM. 0,90 - Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. - Anzeigenpreisliste 2 - S. u. W. g.

Nr. 6

Berlin, den 15. März 1936

17. Jahrgang

Polen wartet ab

Man war sich in Polen, wie auch in anderen Ländern, von vornherein darüber im Klaren, daß der Abschluß des französisch-sowjetischen Pakttes eine klare und eindeutige Antwort von deutscher Seite heranzuführen mußte. Da man sich in Polen selber durch den sowjetfreundlichen Kurs der französischen Außenpolitik verletzt und bedroht fühlt, sah man von der erwarteten deutschen Antwort mit Spannung, aber zugleich mit der Absicht entgegen, sich in deren Beurteilung nicht von der gegenwartsfremden Boreingedenklichkeit der Diplomaten des Duai d'Orsay leiten zu lassen. Auch die nationaldemokratischen Kreise, in denen man es doch gleichsam als Ehrenfache betrachtet, sich vor Deutschland zu fürchten, vermochten in der Rede des Führers keine Stelle zu finden, die ihnen Gelegenheit gegeben hätte, noch einmal die „kritische Schärfe“ ihres genannten Intellektes zu prüfen. Darauf also, daß Deutschland eines Tages die Beschränkung seiner Vehrbarkeit in den westlichen Grenzgebieten beseitigen würde, war man in Polen gefaßt. Und man war auch bereit, einen derartigen Schritt als notwendig und berechtigt anzuerkennen.

Trotzdem gelang es der polnischen Presse nicht, eine gewisse Benurteilung zu verbergen. Aber diese wird weniger durch die offen bekundete und verständliche Haltung Deutschlands, als durch die teils sture, teils verschwommene Kritik der westlichen Partner des Locarno-Pakttes verursacht. Man würde es in Polen vermuthlich am liebsten sehen, wenn sich die Westmächte mit der Befreiung der entmilitarisierten Zone als mit einer gegebenen und niemanden bedrohenden Tatsache abfinden und auf die vom Führer entwickelten, positiven Friedensvorschlüge eingehen würden. Denn jeder Versuch, von Deutschland auf irgendeine Weise die Wiederherstellung des status quo zu erzwingen oder, da das nicht möglich ist, Deutschland wenigstens die Rache und Empörung der in ihrer „politischen Moral“ verletzten Gewissen der Diplomaten von vorgerufen fühlen zu lassen, würde Polen, das ja Mitglied des Völkerbundes und Frankreichs Verbündeter ist, in eine unerfreuliche Lage versetzen. Hat seinerzeit schon die durch die Mitarbeit in Genf erzwungene Beteiligung an den gegen Italien verhängten Sanktionen in Polen Kritik und Mißwillen gemeldet, so würde ein ähnliches Vorgehen der Genfer Institution gegen Deutschland nicht nur gegen sehr wesentliche wirtschaftliche Interessen Polens verstoßen, sondern auch mit bestimmten grundsätzlichen Erwägungen der polnischen Außenpolitik in Widerspruch stehen. Das Bestreben der polnischen Außenpolitik ist es daher, sich nach Möglichkeit von dem ganzen Frankenkomples, der durch den unbeherrschbaren Widerstand Frankreichs gegen die Einbeziehung des Rheinlandes in die Wehrbarkeit des Reiches aufgeführt worden ist, zu distanzieren.

In diesem Sinne ist daher auch die erste amtliche Erklärung der polnischen Regierung zu dieser Frage gehalten. Es heißt darin: Die Reaktion des Deutschen Reiches auf den französisch-sowjetischen Pakt sei zu er-

warten gemessen und zu verstehen. Das deutsche Vorgehen sei in erster Linie eine westeuropäische Angelegenheit und interessiere als solche auch vor allem die westeuropäischen Staaten. Was die osteuropäische Politik anbelange, so sei der Stand der Dinge zwischen Deutschland und Polen durch den Richtangriffspalt von 1934 bereits geregelt. Die polnische Regierung werde natürlich die weitere Entwicklung der Dinge mit großem Interesse verfolgen; sie sei aber nicht der Ansicht, daß durch das deutsche Vorgehen irgendwelche neuen Momente in das bisherige Verhältnis zwischen Deutschland und Polen eingeführt worden seien. Die polnische Regierung werde auch in Zukunft an ihrer bisherigen Außenpolitik festhalten und auch weiterhin die Politik der unbestimmten Formeln und Prozeduren, die in der letzten Zeit so viel Unheil angerichtet habe, vermeiden.

So viel man jedenfalls als sicher annehmen, daß die eingemagten ernst zu nehmende Presse in Polen keine Reuegung verliert, dazu beigetragen, daß ihr Land in eine Auseinandersetzung hineingezerrt wird, die seiner Außenpolitik die Eigengefährlichkeit nehmen und seiner Wirtschaft nur Schaden zufügen könnte. Es ist nicht das erste Mal, daß sich die polnische Presse dazu beglückwünschen kann, daß ihr Land durch den Gewaltverzichtspakt mit Deutschland wenigstens in bezug auf das Verhältnis zum westlichen Nachbarn aus dem Chaos der europäischen Politik herausgelöst worden ist. Auch an dem Teil der polnischen Presse, der seinerzeit den Abschluß des Pakttes mit Deutschland mit dem kritischen Eifer einer dogmatischen Franzosenfreundschaft bekämpft hat, sind die Ereignisse der zwei letzten Jahre, wie es scheint, nicht völlig spurlos vorübergegangen. Zwar hat sich ihre grundsätzlich ablehnende Einstellung zu Deutschland in keiner Weise geändert; doch scheint ihr früher geradzu hemmungsloses Vertrauen zu Frankreich merklich erschüttert zu sein. Hat sich doch selbst der alte Dmowski vor kurzem veranlaßt gesehen, Kritik an dem bolschewistischen Abenteuer des französischen Bundesgenossen zu üben! Diese Kritik mag ihm nicht leicht gefallen sein.

In bezug auf den französisch-sowjetischen Pakt ließ sich in Polen, nach dem 7. März eine Uebereinstimmung der Meinungen feststellen, wie sie in den Fragen der polnischen Außenpolitik während der letzten Jahre kaum jemals bemerkt werden konnte. Es ist freilich fraglich, ob diese Uebereinstimmung von längerer Dauer sein wird. Aber und was scheint in der oppositionellen Presse — nach der Veröffentlichung der ersten Tage — auch schon wieder der alte Hang zur unersuchbaren Kögerei die Oberhand über die nüchternere Beurteilung der Lage gewinnen zu wollen. Auch dann man nicht ohne weiteres behaupten, daß die polnische Presse, die jetzt fast durchweg den in der oben erwähnten amtlichen Erklärung geäußerten Standpunkt vertritt, nun auch wirklich so denkt. Aber das sie es für nützlich darauf, daß ihre Stimme auch in Frankreich gehört wird, immerhin schon was wert

Dr. K.

In diesen drei Jahren hat Deutschland wieder zurückgehalten seine Ehre, wiedergefunden seinen Glauben, überwunden seine größte wirtschaftliche Not und endlich einen neuen kulturellen Aufstieg eingeleitet. Dies glaube ich vor meinem Gewissen und vor meinem Gott auszusprechen zu dürfen. Ich bitte jetzt das deutsche Volk, mich in meinem Glauben zu stärken und mir durch die Kraft seines Willens auch weiterhin die eigene Kraft zu geben, um für seine Ehre und seine Freiheit jederzeit mutig eintreten und für sein wirtschaftliches Wohlergehen sorgen zu können, und mich besonders zu füllen in meinem Ringen um einen wahrhaften Frieden.

Wolff Hitler

Möglichkeiten des Ostpreußenverkehrs

Nach sein Ergebnis

Die deutsch-polnischen Besprechungen über den Durchgangsverkehr haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Eine polnische Delegation hat in Berlin zu den deutschen Angeboten Gegenorschläge unterbreitet, über die jedoch keine Einigung erzielt werden konnte. Deutschland sollte, wie die polnische Presse mitteilte, nach diesen Vorschlägen einen Teil der eingefrorenen polnischen Forderungen aus dem Durchgangsverkehr in Weissen oder Obligationen der Reichsbank (?) bezahlen; der Rest der Forderungen sollte zum Teil durch die Aufnahme von Verpflichtungen polnischer Staatsbürger gegenüber Deutschland, zum anderen Teil durch deutsche Warenlieferungen nach Polen beglichen werden. Diese Vorschläge konnten von deutscher Seite nicht angenommen werden. Nach polnischen Berechnungen sind die eingefrorenen Forderungen, die Ende Oktober v. Js. etwa 66 Mill. Zloty betragen haben, bis etwa Anfang März d. Js. auf rund 90 Mill. Zloty angewachsen („Express Poranny“), obwohl Deutschland in der Zwischenzeit einen gewissen Betrag überwiesen hat. Die Besprechungen sollen in Warschau fortgeführt werden.

Bei diesen Besprechungen handelt es sich nicht nur darum, wie die inzwischen aufgelaufenen polnischen Forderungen, deren Transferierung durch die deutsche Devisenknappheit verhindert wird, beglichen werden können, sondern auch darum, wie sich in Zukunft ähnliche Schwierigkeiten nach Möglichkeit vermeiden zu lassen. Wenn man von der Annahme ausgeht, daß Deutschland noch für längere Zeit gezwungen sein wird, mit seinen Devisen äußerst sparsam umzugehen, dann erscheint diese zweite Frage als der wichtigere Teil des ganzen Problems. Dann erscheint es vor allem notwendig, die Entscheidung neuer, nicht transferierbarer polnischer Forderungen aus dem Durchgangsverkehr nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Entwicklung des Eisenbahntransitverkehrs

Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang einige Worte über die Entwicklung des deutschen Durchgangsverkehrs während der letzten Jahre zu sagen. Unter den Transportträgern des deutschen Ostpreußenverkehrs steht die Eisenbahn an weitaus erster Stelle. Der Eisenbahnverkehr durch den Korridor (ohne Hintertransport) und bzw. nach Ostpreußen hat betragen (in 1000 Tonnen):

Jahr	Empfang	Verland	Gesamtverkehr
1931	2406	244	2650
1932	2106	228	2334
1933	2360	377	2737
1934	2662	446	3108

Im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich überwiegt demnach der ostpreussische Empfang bei weitem den ostpreussischen Verland. Ostpreußen hat im Jahre 1931 nur den zehnten und im Jahre 1934 nur den achten Teil der Gütermenge auf dem Schienenwege ins übrige Reich verfrachtet, die es von dort auf

demselben Wege empfangen hat. Das ist vom frachtlichen Standpunkt aus ein durchaus ungelundes Verhältnis, da ein großer Teil der beladen nach Ostpreußen gehenden Waggons leer von dort zurückfahren muß. Unter den Gütern, die vom übrigen Reich nach Ostpreußen verfrachtet werden, stehen die Kohlen an erster Stelle. Der Kohlenempfang Ostpreußens über die Durchgangsstrecken hat in den Jahren 1927 bis 1933 zwischen 64 und 71 v. h. und im Jahre 1934 52 v. h. des ostpreussischen Gesamtempfangs über die Durchgangsstrecken betragen. Devisenpolitisch fällt hierbei besonders ins Gewicht, daß Ostpreußen seine Kohlen, soweit sie nicht über See kommen, zum weitaus größten Teil aus dem oberdeutschen Revier bezieht, daß die nach Ostpreußen gehenden Kohlenzüge also die Längle der über polnisches Gebiet gehenden Eisenbahnstrecken, die 35 km lange Strecke Rastau — Dt. Eylau, benutzen. Nach der polnischen Güterbewegungsstatistik, die im allgemeinen etwas höhere Zahlen angibt, sind auf dieser Strecke z. B. im Jahre 1933 nach Ostpreußen 1 211 000, von Ostpreußen dagegen nur 14 000 Tonnen Güter im Durchgangsverkehr befördert worden. An zweiter Stelle steht die kürzelle über sieben für den Güterdurchgangsverkehr vorhandenen Strecken, die Strecke Firsau — Marienburg, auf der im genannten Jahre nach Ostpreußen 743 000 und von Ostpreußen 138 000 Tonnen Güter im Transit befördert worden sind. Es folgen die Strecken Reubensitz — Dt. Eylau (300 000 bzw. 46 000 Tonnen), Fraustadt — Dt. Eylau (109 000 bzw. 40 000 Tonnen), Schneidemühl — Dt. Eylau (98 000 bzw. 97 000 Tonnen), Freyhan — Dt. Eylau (59 000 bzw. 4000 Tonnen) und schließlich Groß-Boßhopol — Marienburg (9000 bzw. 10 000 Tonnen). Ein gewisser Ausstieg der ungenügenden Frachtilanz des deutschen Durchgangsverkehrs wird durch den ostpreussischen Hinterland, ins übrige Reich erreicht, der in der obigen Aufstellung nicht berücksichtigt werden konnte, da er nicht in Tonnen, sondern in Stück gemessen wird.

Der Stand des See- und Binnenschiffsverkehrs

Die zweite Stelle im Ostpreußenverkehr nimmt der Seetransport ein, Ostpreußen hat aus dem übrigen Reich 1934 auf dem Seewege etwa 743 000 Tonnen Güter empfangen und 481 000 Tonnen dorthin verfrachtet. Auch hier ist also die Frachtilanz bei weitem nicht ausgeglichen; doch ist die Spanne zwischen Empfang und Verland erheblich niedriger als im Eisenbahndurchgangsverkehr. Der deutsche Ostpreußenverkehr über die Binnenwasserstraßen ist im Vergleich zu demjenigen auf dem Schienenwege und über See bisher von völlig untergeordneter Bedeutung. Er hat in den letzten Jahren fast gleichmäßig. 1931 hat er etwa 14 200, 1932 etwa 12 600, 1933 etwa 11 600 und 1934 nur etwa 6400 Tonnen betragen. (Der Güterdurchgangsverkehr auf Kraftwagen, der durch vertragliche Hindernisse gehemmt wird, und der Luftverkehr, der für Lasttransporte nicht in Frage kommt, können hier übergangen werden.) Nach obigen Angaben hat sich im Jahre 1934 der Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wie folgt zusammengesetzt (in 1000 Tonnen):

	Vach		Gesamt
	Ostpreußen	Polen	
Eisenbahnerverkehr	2662	446	3108
Seeverkehr	743	481	1224
Binnenschiffahrt	4	2	6
Insgesamt	3409	929	4338

Im Jahre 1934 sind also 71 v. H. des gesamten deutschen Ostpreußenverkehrs auf dem Schienenwege abgewickelt worden.

Starter Devisenbilanz

Der deutsche Durchgangsverkehr durch den Korridor ist für Polen eine sehr bedeutsame Einnahmequelle. Er nimmt innerhalb des Gesamttransitverkehrs durch Polen den weitaus ersten Platz ein (1934: über 80 v. H.). Seine Erträge bilden den wichtigsten Faktor der deutsch-polnischen Dienstleistungsbilanz. Die Deutsche Reichsbahn hat in den letzten Jahren folgende Summen für den Ostpreußentransitverkehr an Polen gezahlt (in Millionen Zloty):

Güterverkehr Personenverkehr Gesamtverkehr

1931	62,5	9,6	72,1
1932	49,5	7,2	56,7
1933	50,3	7,9	58,2
1934	57,5	10,3	67,8

Auf den Personenverkehr entfallen von den an Polen aus dem Titel des Durchgangsverkehrs gezahlten Beträgen nur etwa 15 v. H., auf den Kohlentransport dagegen etwa 40 v. H. und auf den übrigen Güterverkehr rund 45 v. H.

Umleitung auf den Seeweg

Da mit der zunehmenden Wirtschaftsbelebung mit einer sorgfältigen Steigerung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich zu rechnen ist, Deutschland jedoch auf eine möglichst geringe Inanspruchnahme seines Devisenbestandes bedacht sein muß, Polen für eine Bezahlung der Transitfrachten in Waren wenig verlässlich beweist und der Versuch einer Kompensierung der polnischen Forderungen in Deutschland mit deutschen Forderungen in Polen die Möglichkeit neuer Bemerkungen in sich birgt, ist die Aufgabe gestellt, den die deutsche Zahlungsbilanz belastenden Durchgangsverkehr durch polnisches Gebiet bzw. die Kohlen dieses Reiches zu verringern. Es bieten sich hier verschiedene Möglichkeiten, doch sind sie durchweg mit erheblichen sowohl verkehrstechnischen wie tarifpolitischen Schwierigkeiten verbunden.

Zunächst ist in dieser Beziehung an eine Umleitung eines Teiles des Güterverkehrs auf den Seeweg zu denken, wie sie nach dem Inkrafttreten der polnischen Verordnung vom 7. Februar bereits zungunstig in einem weiten Umfange verluft worden ist. Eine derartige Umleitung legt aber eine gründliche Neuordnung des Tarifsystems voraus. So ist z. B. unter den geltenden Tarifverhältnissen an einen Transport der oberirdischen Kohle auf dem Bahn-Seemee Stettin-Königsberg nicht zu denken; außerdem ist es unvorstellbar, daß auf diesem Wege die Kohle billiger befördert werden kann als über die Transitstrecke Kottau—Dt. Eylau, ohne die Selbstkostengrenze zu unterschreiten. Wehlich ist in diesem Falle ist wohl auch bei der Mehrzahl der anderen Waren eine Umleitung vom Schienen- auf den Seeweg mit einer Erhöhung der Transportkosten verbunden. Es kommt hinzu, daß die Anlagen der ostpreussischen Häfen Königsberg, Pillau und Elbing für eine wesentliche Steigerung des Güterumschlages, namentlich für eine starke Vermehrung des Kohlenumschlages, nicht ausreichen. Doch ist bei allem zu bedenken, daß in der Frage des Ostpreußenverkehrs von jeder der Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Rentabilität stark in den Vordergrund gestellt werden mußte, und daß privatwirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Tarifgestaltung um so mehr zurückzutreten haben, je dringlicher die Frage einer ausreichenden Verkehrsversorgung dieses vom Reich getrennten Gebietes auftritt, wie das gegenwärtig in besonderem Maße der Fall ist.

Eine beträchtliche Aufnahmefähigkeit für den vom Schienenwege verdrängten Ostpreußenverkehr besitzt die bisher kaum ausgenutzte Binnenwasserstraße Reghe-Bromberger Kanal—untere Weichsel, welche vertraglichen Hindernisse, technischen Schwierigkeiten und tariflichen Widerstände zu überwinden sind, um diesen, vor allem für billige Massengüter geeigneten Weg dem Ostpreußenverkehr dienbar zu machen, hat Friedrich Roth in seiner aufschlußreichen Schrift „Lufthdienst Ostpreußen—Reich“ dargelegt. (Siehe „Ostland“ Nr. 24, 1935, Seiten 278/79.) In seiner dortigen Untersuchung der Transportkosten für nach Ostpreußen gehende oberirdische Kohle kommt Roth zu dem Ergebnis, daß die Verwendung des heute an die polnischen Staatsbahnen zu zahlenden Frachttariffes für Ausnahmetarife der Binnenschiffahrt einen Ausgleich der Eisenbahn- und Binnenwasserfrachten mit sich bringen und die Rentabilität der Kohlentransporte über den Flügweg gewährleisten würde. Die Lage der ostpreussischen Binnenschiffahrt, fährt Roth fort, würde damit zweifellos mit einem Schlage gebessert werden. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus (Kohlenausnahmetarife der Reichsbahn, Zahlung von Frachttariffen an die polnischen Staatsbahnen) wäre der Binnenschiffahrtstransport von Kohle nur zu empfehlen. Die gegenüber der Eisenbahn längere Beförderungsdauer müßte unter Berücksichtigung der Produktivität des Binnenwasserverbandes in Kauf genommen werden.

Der Kraftwagenverkehr

Durch die Schwierigkeiten im Durchgangsverkehr ist die Aufmerksamkeit auch wieder auf die Frage einer stärkeren Einsetzung des Kraftwagenverkehrs in den Ostpreußenverkehr gelenkt worden. Diese Frage wird ohnehin schon durch die rasch fortschreitende Motorisierung Deutschlands aufgenommen. Schon bevor die Transfrierung der Transitfrachten akut wurde, hat zwischen deutschen und polnischen Stellen eine erste Fühlungnahme wegen der Möglichkeit einer, dem im Ausbau befindlichen modernen deutschen Straßennetz gleichwertigen Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich stattgefunden. Bei dem als notwendig empfundenen Ausbau des Binnenschiffahrts- und Kraftwagenverkehrs handelt es sich um Angelegenheiten, die auch ohne die deutschen Devisenschwierigkeiten über kurz oder lang einmal hätten in Angriff genommen werden müssen, deren Dringlichkeit durch diese Schwierigkeiten aber verstärkt worden sind. Dagegen wird man die Umleitung des Ostpreußenverkehrs vom Schienen- auf den Wasserweg letzten Endes immer als eine, wenn vielleicht auch auf längere Sicht einzuleitende Behelfsmaßnahme anzusehen haben.

Eine andere Frage, die, unausgesprochen, schon lange ihrer Aufrollung geharrt hat, ist die Neuregelung der polnischen Eisenbahntariffartikulare. Man kann es Deutschland auf die Dauer schwer zumuten, daß es mit den hohen Frachttariffen, die es z. B. für den Kohlentransport auf der Strecke Kottau—Dt. Eylau an die polnischen Staatsbahnen zu zahlen hat, die Verlustartikulare ausgleicht, mit deren Hilfe Polen seinen Kohlenexport über Gdingen forciert (Deutschland zahlt auf der 355 km langen Transitstrecke je Tonne Kohle beinahe doppelt so viel Fracht, wie der ostberdische Bergbau für den Transport auf der 610 km langen Strecke Kattowitz—Gdingen zu zahlen hat). Es muß auch auf die Dauer als untragbar empfunden werden, daß die deutschen Bemühungen, die Verkehrsferne Ostpreußens durch eine entsprechende Tarifgestaltung zu überbrücken, durch das starke Festhalten an den seit mehr als einem Jahrzehnt un verändert geltenden, hohen Tarifsystemen auf der polnischen Durchgangsstrecke beeinträchtigt werden. Es wäre zu begrüßen, wenn die hier berührten Fragen bei den Verhandlungen mit Polen mitberücksichtigt würden.

Die Brüsseler Reise des Obersten Beck

Der zweitägige Aufenthalt des polnischen Außenministers in Brüssel am 5. und 6. März hat in der internationalen Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt. Es ist im allgemeinen nicht üblich, daß sich ein Außenminister, nur um einen Handelsvertrag zu unterzeichnen, persönlich ins Ausland bemüht. Inmehrin beläuft Belgien für die polnische Handelspolitik eine gewisse Bedeutung. Unter den Abnehmern polnischer Waren steht es an vierter Stelle; im Jahre 1935 hat es für 57 Mill. Zloty Waren aus Polen bezogen, während es nur für 26 Mill. Zloty Waren dorthin ausgeführt hat. Der belgisch-polnische Handelsverkehr hat sich bisher im allgemeinen ohne Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten vollzogen. Es ist aber begründlich, daß Brüssel Wert darauf legt, die für Belgien aus herkömmlich ungünstiger Bilanz des Handels mit Polen auszugleichen. Warschau behauptet demgegenüber, daß Polen des hohen Aktivsaldo im Warenverkehr bedürfe, um als Schuldnerland seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber Belgien erfüllen zu können. In dem jetzt von Oberst Beck und van Zeeland unterzeichneten Handelsvertrag scheinen sich der belgische Wunsch nach einem Ausgleich der Handelsbilanz und das polnische Verlangen nach einer Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes auf einer mittleren Linie zu treffen: Polen kann damit rechnen, daß sich seine Ausfuhr nach Belgien auf der bisherigen Höhe erhält, und Belgien hat von polnischer Seite eine Reihe neuer Zollermäßigungen zugeteilt erhalten. Wichtig ist auch folgendes: Belgisches Kapital ist bereits in beträchtlichem Umfang in der polnischen Industrie, vor allem in der Elektrizitätswirtschaft, tätig. Die polnische Regierung kann bei der Durchführung ihrer wirtschaftspolitischen Pläne die finanzielle Hilfe des Auslandes schwerlich entbehren. Sie scheint bereit zu sein, dem belgischen Industrie- und vielleicht auch dem belgischen Bankkapital neue Konzessionen zu machen. Die polnische Presse hebt in diesem Zusammenhange, mit einem sühbaren Seitenhieb auf Frankreich, aber auch auf Deutschland, hervor, daß Polen bei Belgien sicher sein könne, daß dieses mit seiner wirtschaftlichen Beteiligung in Polen keine „politischen Nebenabsichten“ verbinde.

Was die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf den Besuch des polnischen Außenministers in Brüssel gelenkt hat, ist aber nicht diese seine wirtschaftliche Bedeutung, sondern die mit ihm verbundene politische Aussicht. Es ist Warschau nicht möglich gewesen, das Zustandekommen des französisch-polnischen Handelsvertrages zu hindern. So will es diesem Pakte jetzt wenigstens einen Teil seiner gefährlichen Wirksamkeit nehmen, indem es die bei einigen Bundesgenossen Frankreichs vorhandene kritische Einstellung gegenüber dem sowjetfreundlichen Kurs zu härten versucht. In dieser Beziehung spielt Belgien offensichtlich eine bedeutende Rolle. Es trennt auf einem strategisch besonders wichtigen Abschnitt Deutschland von Frankreich. Es kann durch sein Verhalten die Wirksamkeit des Paktes entweder hemmen oder verstärken. Es hat die Wahl, in seiner Einstellung zum Pakt entweder dem polnischen oder dem französischen Beispiel zu folgen. Oberst Beck hat in Brüssel mit Recht darauf hinweisen können, daß nach dem Abschluss des französisch-polnischen Handelsvertrages zwischen den Fronten der Großmächte

gelegenen Staaten eine erhöhte Verantwortlichkeit gegenüber dem europäischen Frieden zu fällt. Der polnischen Außenpolitik, wie sie von Oberst Beck in Brüssel vertreten worden ist, liegt ein durchaus richtiger Gedanke zugrunde: Einerseits ist es klar, daß Frankreich sich um so leichter zu einem Vorgehen gegen Deutschland entschließt, je mehr es sich darauf verlassen kann, daß seine Verbündeten im östlichen und westlichen Mitteleuropa sich jeder Politik anschließen werden. Andererseits ist aber auch klar, daß die Staaten, die Bedenken haben, dem sowjetfreundlichen Kurs ihres französischen Bundesgenossen zu folgen, sich nicht dazu entschließen können, von der französischen Seite auf die deutsche Seite hinüberzuwechseln. So liegt in dem Besuch, diese Staaten auf einer mittleren Linie zu sammeln, eine Garantie für Polen, da es darauf hinweisen kann, daß es zur Vermeidung eines europäischen Konfliktes, dessen ergebe Leidtragende doch gerade die „zwischen den Fronten“ gelegenen mittleren und kleineren Staaten sein würden, notwendig sei, eine Art „Sanitätsgürtel“ zwischen die Großmächte zu legen.

Die Gedankengänge des polnischen Außenministers haben in Brüssel, wie es scheint, einigen Anklang gefunden. Zum mindesten haben die Bestrebungen, sich aus der immer bedenklicher werdenden Abhängigkeit von der französischen Außenpolitik zu befreien, in der belgischen Öffentlichkeit, vor allem im stämmigen Bevölkerungsteil, in letzter Zeit an Boden gewonnen. Die erfolgreichen Bemühungen Polens, seine eigenen politischen Wege zu gehen und sich in keinerlei Blockbildungen und sonstige diplomatische Kombinationen hineinziehen zu lassen, sind in Belgien nicht ohne Eindruck geblieben. Sie regen zur Nachahmung an. Doch läßt sich nicht übersehen, daß Belgien von jeher weit stärker als Polen in das Netz der französischen Außenpolitik eingespant war. Die Bindungen Belgiens an den französischen Bundesgenossen sind nicht nur wegen dessen unmittelbarer Nachbarschaft enger und fester als diejenigen Polens. Sondern es spielen hierbei auch noch die nationalen Verhältnisse dieses Zweivölkerstaates eine bedeutsame Rolle: Das wallonische Element sieht in der Anlehnung an Frankreich eine Garantie seiner staatsbestimmenden Stellung gegenüber den Flamen. Praktisch haben sich bisher jedenfalls die Anhänger Frankreichs am Ruder behauptet.

Die polnische Initiative mag auf die belgischen Kritiker eines allzu engen Zusammengehens mit Frankreich ermunternd gemerkt haben. Auch läßt sich die Neugierigkeit der belgischen mit der polnischen Situation gegenüber dem französischen Sowjetpakt nicht bestreiten. Aber es scheint doch, daß Polen hier den natürlichen Bereich seiner Außenpolitik etwas zu weit zu spannen versucht hat. Belgien kann Sympathie für die polnische Außenpolitik haben. Doch reicht diese zu einem wirklichen Einfluß auf den Kurs der belgischen Außenpolitik nicht aus. Wenn Belgien sich an der Politik eines anderen Staates als Frankreich orientiert, dann an derjenigen Englands, nicht aber an derjenigen Polens. Das geht auch aus der Stellungnahme des belgischen Ministerpräsidenten und Außenministers van Zeeland zu der durch den französischen Widerstand gegen die deutsche Wehrfreiheit geschaffenen Lage hervor.

Bis zum 21. März

müssen die Bestellungen für das 2. Vierteljahr 1936 für das „Ostland“ bei Ihrem Postamt aufgegeben werden. Bezugspreis RM. 0,90 zuzüglich RM. 0,12 Bestellgeld.

Frei oder folcher: eine jüdische Annäherung

Die Abgeordnete Prof. Dr. Frau des ehemaligen Ministerpräsidenten, hat vor kurzem im polnischen Sejm einen Gesetzesentwurf eingebracht, der das Verbot der Viehschlachtungen nach dem jüdischen Ritus in den öffentlichen und privaten Schlachthäusern Polens vom 1. Januar 1937 an beseitigt. Dieser Antrag hat die gesamte Judenenschaft Polens in gemaltige Aufregung versetzt und dazu veranlaßt, ihre bewährten Beziehungen zu ihren Mitbürgern in aller Herren Länder spielen zu lassen, die nun ihrerseits anfangen haben, ihren Einfluß auf die Presse ihrer Gaststaaten gegen Polen aufzubieten. Deutschland hat die Frage der rituellen Schlachtungen durch Gesetz kurz und bündig geregelt. In Deutschland hat diese Frage nur eine humanitäre Bedeutung gehabt: Der jüdische Tierquälerei des Schächtens hat ein Ende gemacht werden müssen.

In Polen ist die Schächtfrage zugleich auch ein wirtschaftliches Problem. Im ehemaligen Rußland nahmen die jüdischen Schächter eine Monopolstellung ein. Die jüdischen Rabbiner erheben für die Genehmigung der rituellen Schlachtungen seit Jahrzehnten beträchtliche Gebühren, die bei Rindern gegenwärtig 10 v. H. des Viehpreises betragen. Der Ertrag fällt den jüdischen Gemeinden zu und bildet meist deren Hauptertragsquelle. Dieser Zustand hat die Entstehung eines besonderen Standes von Fleischgroßhändlern zur Folge gehabt, die fast durchweg Juden sind und durch kartellartige Zusammenfassung die Vieh- und Fleischpreise diktiert. Unter diesen Umständen wird es verständlich, daß der Bauer für sein Vieh nur Preise erhält, die nicht oder kaum seine Selbstkosten decken, während der Verbraucher ungerechtfertigt hohe Preise für das Fleisch bezahlen muß. Der Verdienst ist der Jude.

Der Abgeordnete Dudzinski, der im Seimausschuß über diese Frage berichtete, stellte an Hand statistischer Zahlen u. a. fest, daß die polnische Landwirtschaft z. B. im Jahre 1932 durch das rituelle Schlachten mit einer den jüdischen Gemeinden zufließenden Sondersteuer in Höhe von 18 Mill. Zloty belastet worden ist. Dazu kommen dann noch die Kosten der rituellen Schlachtung. Ferner ist zu beachten, daß beim Schächten das Fell erheblich beschädigt wird, so daß dadurch für die polnische Volkswirtschaft jährlich ein weiterer Verlust von über 10 Mill. Zloty entsteht und Polen, ein Agrarland mit reichem Viehbestand, gezwungen ist, Felle aus dem Ausland einzuführen. Durch das Schächten geht weiter das Blut der Tiere ganz oder teilweise verloren, was einen Verlust von etwa 1 Million Zloty jährlich verursacht. Schließlich haben die beim Schächten zu beachtenden Vorschriften eine gewisse Entwidlung des Fleischhandels in Polen verhindert, wodurch nach den Schätzungen von Sachkundigen die polnische Volkswirtschaft jährlich Werte in Höhe von etwa 70 Mill. Zloty einbüßt. Nach den rituellen Bestimmungen wird „folcheres“ und „treifes“ Fleisch unterschieden. „Folcher“ sind die Vorderente; sie kommen in die jüdischen Geschäfte. Die „treifen“ Hinterente sind für Goids bestimmt. Es liegt auf der Hand, daß in den Orten, in denen mehr Juden als Nichtjuden wohnen — und solche Orte sind in Polen nicht selten — Schwierigkeiten im Absatz des „treifen“ Fleisches entstehen. „Folcher“ ist das Fleisch aber nur dann, wenn der Schächter das Messer vorher gut abgeleckt hat, wenn das Vieh sich nach dem Stechen nicht mehr gerührt hat, wenn es weder ein Bein noch eine Rippe gebrochen hat, wenn sein Haar in die Schnittwunde gekommen ist; „folcher“ ist das Fleisch aber auch dann, wenn das Vieh an Tuberkulose oder an Milzbrand erkrankt ist, oder wenn es zwar inmitten des größten Schmutzes, aber „vorschriftsmäßig“ zu Tode gequält worden ist. Es kommt noch hinzu, daß „folcheres“ Fleisch nicht in Kühlhäuser untergebracht werden darf, was die Regelung der Marktpreise für Fleisch in Polen geradezu ausschließt. „Die rituelle Schlachtung“, stellte der Abgeordnete Dudzinski unter Hinweis auf die dadurch verursachte

Sonderbelastung der Landwirtschaft fest, „ist eine der Hauptursachen dafür, daß der polnische Bauer die Zünderzügel aus Sparsamkeitsgründen in zwei Teile spalten und seine Kartoffeln in Heiringsmaße füttern muß.“ Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, Sablonki, erklärte, daß das rituelle Schlachten eine der Ursachen der Monopolisierung des Fleischhandels und damit auch der Monopolisierung der Tiergutzpreise sei. Der als wissenschaftlicher Gutachter herangezogene Prälat Trzcielniak wies darauf hin, daß sich weder im Gesetz Moses, noch im Talmud oder im Schulchan-Aruach ein Gebot des Schächtens feststellen lasse. Und die Abgeordnete Prof. Dr. Frau erklärte: „Wenn 3 Millionen Juden protestieren, so können 30 Millionen der nichtjüdischen Bevölkerung nicht immer die Partei sein, welche nachgibt.“ Der Vertreter des Kultusministeriums, Pfarrer Zgonkiewicz, aber stellte sich auf den von den Rabbinern vertretenen Standpunkt, daß die rituelle Schlachtung als ein Vorbehalt der „jüdischen Religion“ zu gelten habe und ihr Verbot daher mit der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse in Widerspruch liege.

Die allgemeine Stimmung in Polen ist ganz einseitig für das in dem Gesetzesentwurf Prof. Dr. Frau geforderte Verbot der rituellen Schlachtungen. Und auch innerhalb der Regierung kann man sich, wie aus der Erklärung des Ministers des Landwirtschaftsministeriums hervorgeht, der Notwendigkeit, dem bisherigen nicht nur kulturell insabzulösen, sondern auch wirtschaftlich äußerst schädlichen Zustand ein Ende zu machen, nicht völlig verschließen. Andererseits aber fürchtet man auf Seiten der Regierung umso weniger Rücksichtungen, eines Verbotes auf die politische und finanzielle Lage Polens. Die Judenenschaft macht mobil. Es hat sich ein jüdisches „Komitee zum Schutze der rituellen Schlachtung“ gebildet. Am 11. März trat in Warschau eine außerordentliche Konferenz aller in Polen lebenden Rabbiner und Oberrabbiner zusammen. Die jüdischen Senatoren und Abgeordneten sind von ihren Mitbürgern aufgefordert worden, für den Fall, daß der Antrag Prof. Frau angenommen werden sollte, ihre Mandate niederzulegen. Außerdem ist die Durchführung eines einseitigen jüdischen Proteststreikes in ganz Polen geplant. An das polnische Volk ist ein von 900 Rabbinern unterschriebener Aufruf ergangen, in dem der Antrag der Abgeordneten Prof. Frau als „ein Anschlag gegen eines der Fundamente der jüdischen Religion“ hingestellt wird. Zugleich ist im Auslande eine von den dortigen Juden inszenierte Aktion gegen Polen im Gange. Alles deutet darauf hin, daß die Frage des Schächtens, verbotes, die in Deutschland ohne alle Schwierigkeiten gelöst werden konnte, für Polen eine Art Machtprobe gegenüber den Juden bedeutet. Eine Nichtdurchführung des von der gesamten nichtjüdischen Bevölkerung Polens gewünschten Schächtverbotes durch die Regierung würde unter diesen Umständen einer öffentlichen Kapitulation vor den Juden gleichkommen.

Das deutsche Volk wird lieber jede Not und Trauersal auf sich nehmen, als von dem Gebot der Ehre und dem Willen zur Freiheit und Gleichberechtigung abzuweichen. Adolf Diller.

Die Deutsche Reichsregierung schloß vor, zum Zweck der Sicherung der Unverletzbarkeit und Unverletzbarkeit der Grenzen im Westen einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschließen, dessen Dauer ihr Recht ist, auf 25 Jahre zu fixieren.

Die Deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit dem im Osten an Deutschland grenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen.

Und dem Memorandum der Reichsregierung.

Die „Legion der Jungen“ geht in Opposition

Schon vor länger als einem Jahre machten sich zwischen dem Regierungslager und der „Legion Młodych“, der Jugendorganisation dieses Lagers, weitgehende Meinungsverschiedenheiten bemerkbar. Die „Legion Młodych“ wurde vor einer Reihe von Jahren unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten des Bildungslagers ins Leben gerufen. Sie war die einzige Jugendorganisation dieses Lagers, die es verstand, mit breiteren Kreisen der polnischen Jugend wirklich in Fühlung zu kommen. Sie war dazu ausersehen, die Tradition der Ersten Brigade der jüngeren polnischen Generation zu vermitteln und der organisatorischen Erfüllung der Jugend durch die entsprechenden Organisationen der oppositionellen Parteien, vor allem der Nationaldemokratischen Partei und der bäuerlichen Volkspartei, entgegenzuwirken. Es ist dem Bildungslager mit seiner Jugendorganisation aber ähnlich wie den oppositionellen Parteien mit den von ihnen ins Leben gerufenen Jugendorganisationen ergangen: Kaum hatten diese Organisationen einige Bedeutung erlangt, als sie auch schon gegen die alten Führer ihrer Parteien zu opponieren und eigene Wege zu gehen begannen. Die Jungen lehnten es ab, sich lediglich als aktivielle Stütztrupp der Alten benutzen zu lassen. Sie standen zwar der geschichtlichen Leistung der Alten, die um die flautische Wiederaufrichtung Polens gekämpft hatten, positiv gegenüber; sie gaben sich aber nicht damit zufrieden, nur die Tradition dieses abgeschlossenen Kampfes zu pflegen, sondern wandten sich mehr und mehr eigenen Aufgaben zu, die sie vor allem auf soziale Gebiete erblickten und zu deren Lösung sie den alten Parteiführern die Befähigung glaubten abprechen zu müssen. Im bäuerlichen Lager wurde der Bruch der Generationen durch den gleichgerichteten sozialen Radikalismus der Jungen und Alten vermieden. In der Nationaldemokratischen Partei aber rebellierte die junge Generation, die feinerseitig im „Lager des Großen Polen“ zusammengeschlossen war, gegen die Füh-

rung der Alten, und ihre aktivistischen Elemente schlossen sich im „Nationalradikalen Lager“ zusammen. Beide Organisationen wurden schließlich verboten. Im Bildungslager führte der soziale, vielfach kommunistisch angehauchte Radikalismus der Jungen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der „Legion Młodych“ und dem konföderativen Flügel des Lagers. Die Führer der Jungen verlagerten der Führung des Bildungsblochs den Gehorham. Im vergangenen Jahre wurde der „Legion“ die bis dahin gewährte Unterflügung aus der Staatskasse entzogen, und die Mitglieder der Oberstengruppe, die die „Legion“ bis dahin gestützt und gefördert hatte, zogen sich von ihr zurück. Praktisch hörte die „Legion“ schon damals auf, eine Jugendorganisation des Regierungslagers zu sein. Sie begann, sich völlig auf eigene Füße zu stellen. Jetzt hat der Hauptrat der „Legion“ den Ausschluss aus dem Regierungslager endgültig vollzogen. In einer Erklärung, die der Hauptrat in seinem Organ, dem „Nowe Panstwo Pracy“, veröffentlicht hat, wird die gegenwärtige politische Situation Polens, die von dem ehemaligen „Unparteilichen Block“ für die Zusammenarbeit mit der Regierung“ geschaffen wurde, auf schärfste beurteilt und eine grundlegende Veränderung der bestehenden Gesellschaftsstruktur Polens gefordert. Dann heißt es: „Der Hauptrat stellt fest, daß die politische Einteilung der polnischen Volksgemeinschaft in das Regierungslager“ und das sogenannte „oppositionelle Lager“ im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr aktuell ist, und beschließt: Die „Legion Młodych“ befindet sich im Lager der sozialen politischen Linken und ruft die junge polnische Welt der Arbeit zur Konsolidierung auf.“ Damit hat, wie es scheint, der soziale Radikalismus in der „Legion“ endgültig gesetzt. Ob die „Legion“ als ein Stütztrupp des Volkseismus in Polen anzusprechen ist, das wird sich aus ihrer künftigen Einstellung zur Judenfrage ergeben.

Chaos an den polnischen Universitäten

Die politischen Zustände an den polnischen Universitäten und Hochschulen nehmen immer mehr anarchische Formen an. Die unentschlossene Haltung der Universitätsbehörden ist weder geeignet, die radikalen antisemitischen Forderungen der rechtsoppositionellen Studentenschaft zu befriedigen, noch diese Studentenschaft an weiteren Ausschreitungen zu hindern. So mußte die Warschauer Universität kürzlich wieder einmal für einige Zeit geschlossen werden. Diesmal handelte es sich um die Ermäßigung der Studiengebühren, die die Studentenschaft durch einen allgemeinen Zahlungstreik zu erzwingen versuchte. An Stelle der allgemeinen Gebührenermäßigung hatte die Regierung die Ermäßigung der Gebühren auf Grund besonderer Anträge im Einzelfalle vorgezogen, wobei die Prüfung der Anträge nicht von der studentischen Selbstverwaltungskörperschaft, der „Bractnia Pomoc“, sondern von einer eigens zu diesem Zweck von der Regierung gebildeten Stelle durchgeführt werden sollte. Mit dieser Regelung gab sich die Studentenschaft jedoch nicht zufrieden. Unter nationaldemokratischem Druck erklärte die „Bractnia Pomoc“, daß die Studentenschaft gegen alle, die solche Ermäßigungsanträge stellen und den Zahlungstreik brechen würden, eine Boykottaktion durchführen werde.

Diese Drohung wurde auch sofort verwirklicht. Im Universitätsgebäude kam es zu neuen Schlägereien; es wurden Gasbomben geworfen und Fensterhebeln eingeschlagen. Auch in der Jahresversammlung der „Bractnia Pomoc“ gerieten die oppositionellen und die regierungsfreundlichen Studenten einander in die Haare. Der Vorstand wurde von seinen nationaldemokratischen Kommitteemitgliedern mit faulen Eiern beworfen. Die regierungsfreundlichen Studenten räumten schließlich das Feld, und unter dem stürmischen Beifall der Zurückgebliebenen wurde schließlich der von den Nationaldemokraten

gestellte Antrag auf Einführung des Arierparagraphen in der „Bractnia Pomoc“ genehmigt. Der Beschluß bedarf, um Rechtskraft zu erhalten, allerdings noch der Befähigung durch die Universitätsbehörden, die schwerlich erteilt werden dürfte. Wegen Beteiligung an den erwähnten Ausschreitungen im Universitätsgebäude wurden 14 Studenten verhaftet.

Die meist regierungsfreundliche Studentenschaft der Warschauer Technischen Hochschule hat sich dem Zahlungstreik der Universitätsstudenten angeschlossen. Am 8. März beschloß die Vertretung der Studenten, das Gebäude der Hochschule zu besetzen und den Lehrbetrieb zu verhindern. Die Juden wurden aufgefordert, das Gebäude binnen 15 Minuten zu verlassen; die Eingänge wurden besetzt, und etwa 3500 Studenten ließen sich häuslich in ihrer Hochschule nieder. Polizei mit Panzerwagen und Wasserprisen umstellte das Gebäude. Die belagerten Studenten hängten zu den Fenstern des von ihnen besetzten Gebäudes Transparente heraus, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, sie mit Lebensmitteln zu versehen. Den mit den Streifenden Sympathisierenden, die dieser Aufforderung nachkommen wollten, wurde jedoch von der Polizei der Zugang zur Hochschule verwehrt. Die an der Hochschule vorbeifahrenden Straßenbahnzüge wurden von Polizeibeamten begleitet, um das Abwerfen von Lebensmittelpaketen durch die Fahrgäste zu verhindern. Darauf erschienen über der Hochschule zwei Flugzeuge des Warschauer Aeroklubs, die an Fallschirmen besetzte Lebensmittelpakete über der Hochschule abwarfen. Die Unruhen griffen schließlich auch auf die Warschauer Landwirtschaftliche Hochschule und die Hochschule für politische Wissenschaften über. Die dort studierenden Juden wurden verprügelt und auf die Straße gejagt. Daraufhin mußte auch an diesen beiden Hochschulen

der Lehrbetrieb eingestellt werden. Die Studenten der Un-
versität bildeten Demonstrationsszüge, die gegen die
Vollsperrung zur Technischen Hochschule durchzudringen
versuchten. Die Zusammenstöße der Demonstranten hielten
den ganzen 10. März über an. Folgte zu Fuß und zu
Pferde suchte immer wieder die Studenten auseinander zu
treiben. Sie wurde von diesen mit Tränengas-
bomben empfangen.

Die halbamtliche Agentur „Iskra“ nahm in einem un-
gewöhnlich scharf gehaltenen Artikel zu den Ereignissen
Stellung. Die endgültige Hege, heißt es da, dürfe nicht
länger bagatelisiert werden; sie könne gefährlich werden.
Die Regierung müsse ein für allemal den inneren Verrat
mit der Wurzel ausreißen. Die Anarchie, die in
Polen einreißt, dürfe auf keinen Fall
länger geduldet werden. Die Nationaldemokratie
habe überhaupt kein Recht, die Macht in Polen für
sich zu verlangen. In der antilemischen Frage treibe sie
ein fallches Spiel. In den Jahren, in denen sie

selbst am Ruder gewesen sei, habe sie nie-
mals daran gedacht, die Judenfrage prak-
tisch aufzurollen; wenn sie das heute zu tun versuche,
so nur, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und
die Ruhe und Ordnung im Lande zu stören.

Die Warschauer Studentenchaft möchte es auf eine Nacht-
probe antommen lassen. Die Zukünfte an den polnischen
Universitäten und Hochschulen lind nachgerade unhaltbar
geworden. In einen geordneten Lehrbetrieb
ist schon lange nicht mehr zu denken. Die Re-
gierung wird sich über kurz oder lang entschließen müssen,
eindeutige und energische Maßnahmen zu ergreifen. Ihre
bisherige zögernde Haltung ist nicht dazu angetan, das
wachsende Chaos zu meistern. Ruhe wird wohl erst dann
wieder an den polnischen akademischen Lehranstalten ein-
kehren, wenn die von der überwiegenden Zahl der Studen-
ten geforderten Maßnahmen gegen die Ber-
judung des polnischen Hochschullebens durch-
geführt werden.

Die Irrtümer des Verkehrsministers

Der litauische Verkehrsminister Stani-
schauskiß hielt vor kurzem in Kauen vor einer Abteilung
litauischer Schützen einen Vortrag, in dem er über die
litauische Memelpolitik folgendes ausführte: „... Bisher
hat sich auch der andere Herzenswunsch unserer Nation,
die Verschmelzung des Memelgebietes mit
Großlitauen, nicht erfüllt. Dort wird schon seit 1923
ein harter Kampf des Litauerturns gegen
das Deutschtum geführt. Wir dürfen nicht verzagen,
wenn der Kampf langsam fortschreitet und die Erfolge nicht
so groß sind, wie wir es wünschen. Der Germanismus
hat dort seit 500 Jahren seine verderbliche (!) Arbeit getan.
Darum können wir nicht erwarten, daß es möglich ist,
in 13 Jahren die Bemühungen von Jahrhunderten mühe-
los zu zerbrechen. Dazu gehören mehr als 13 Jahre. Der
Kampf um die Erweckung des National-
bewußtseins im Memelgebiet wird ununter-
brochen und systematisch geführt. In diesem Kampf gibt es
auch unvermeidliche Winkeltzüge. Wenn sich die
politische Lage ändert, wird es auch notwendig sein, die
Taktik zu ändern. Wie die Befreiung Wilnas, so erfordert
auch die Wiederlitauisierung des Memelgebietes nicht nur
einen gesunden Optimismus, sondern auch unermüdbare
systematische Arbeit. Wir müssen uns bemühen, die
Unterschiede in der materiellen Kultur zu
verwischen, die die Litauer (?) des Memelgebietes von
den Großlitauern trennen. Das ist eine der notwendigsten
Voraussetzungen für die Gewinnung des Kampfes.“

Zu dieser Rede ließe sich verschiedenes sagen: Zunächst
ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß es angesichts der
tatsächlichen Struktur der das Gebiet des derzeitigen
litauischen Staates bewohnenden Bevölkerung schlecht
möglich ist, von einer „litauischen Nation“ zu
sprechen. Bis die Bewohner dieses Gebietes, soweit sie
weder Deutsche, noch Polen oder Juden sind, einmal so weit
sein werden, daß man sie als „Nation“ anprenden kann,
wird noch viel Wasser die Memel hinunterfließen müssen.
Der litauische Minister tut so, als ob die memelländische
Bevölkerung überhaupt kein Nationalbewußtsein hätte
besäße. Wenn er sich dort einmal umsehen wollte, würde er
sehr bald dahinterkommen, daß diese Bevölkerung von
einem sehr scharf ausgeprägten National-
bewußtsein erfüllt ist. — allerdings von einem
deutlich ausgeprägten deutschen Nationalbewußtsein.

Es ist eine ebenso beliebte wie falsche Methode der Litauer,
die Festsätze ihrer Bemühungen im Memelgebiet mit dem
sog. „Germanismus“ zu erklären, der angeblich Jahr-
hunderte hindurch damit beschäftigt gewesen sein soll, das
litauische Volkstum des Gebietes zu unterdrücken. Es darf
hierzu wohl bemerkt werden, daß die Stärkung und
Vertiefung des deutschen Nationalbewußtseins
in kaum einem anderen Abschnitt der Geschichte so
rasche Fortschritte gemacht hat, wie in den drei-
zehn Jahren, die das Gebiet nunmehr unter litauischer
Herrschaft steht, — nicht trotzdem, sondern gerade weil es
unter dieser Herrschaft steht. Denn, wenn es vorher im
Memelgebiet noch eine Gruppe von Menschen gegeben hat,
die an der Pflege und Betätigung des deutschen National-
bewußtseins keinen aktiven Anteil genommen hat, so hat sich
das in dem Maße geändert, in dem diese früher national
inaktive Gruppe Gelegenheit hatte, den Personkreis
kennen zu lernen, der da glaubte, aus ihrer Inaktivität den
Schluß ziehen zu können, daß sie feinesgleichen sei. Weil
diese Gruppe der Memelländer eine derartige Schlussfolgerung
als eine beleidigende Zumutung empfand,
schloß sie sich den Reihen der aktiven Kämpfer des deutschen
Nationalbewußtseins an. Was der Verkehrsminister über
die litauischen Methoden zu sagen hat, ist recht interessant.
Wenn er von „unvermeidlichen Winkeltzügen“ ge-
sprochen hat, so hat er damit nur den schlechten Eindruck
bestätigt, den die Welt ohnehin von der litauischen Memel-
politik hat. Und wenn er von der „Bewirkung der
Unterschiede in der materiellen Kultur“ ge-
sprochen hat, so hat er damit die Hauptmasse getennznet,
deren sich Litauen gegenüber den Memelländern bedient:
Die gewalttätige Herabdrückung des hohen
sozialen und kulturellen Niveaus dieses Ge-
bietes auf den traurigen Tiefstand Scham-
maitens. In dieser Hinsicht kann die litauische An-
gleichungspolitik tatsächlich Fortschritte verzeichnen. Daß
diese Fortschritte für Litauen unter der memelländischen
Bevölkerung irgendwie im Sinne der von Kauen ertriebenen
sog. „Wiederlitauisierung“ geworben hätten, kann man aller-
dings nicht behaupten. Es fehlt Litauen nicht nur in
kultureller, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung jede
Verbrenst, die in einem solchen Sinne zu wirken vermöchte.
Veschroffer die äußere Bindung an Litauen
ist, um so größer ist die Entfremdung von ihm.

**Ich bin Deutscher. Ich liebe mein Volk und ich hänge an ihm. Ich weiß, daß es nur dann
göttlich sein kann, wenn ihm das Leben nach seinem Wesen und seiner Art möglich ist. Ich
will nicht, daß über das deutsche Volk, das nicht nur weinen, sondern auch durch sein ganzes
Leben hindurch immer herzlich lachen konnte, das Grauen der kommunistischen internationalen
Schdittatur gesenkt wird.**

Aboll Hiffel

Im dem Memorandum, das die Reichsregierung am 7. März den Signatarmächten des Vornapates überreicht hat, heißt es in Punkt 6 der Lebensvorschlüge: Die Deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit den im Osten an Deutschland grenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen. Da die litauische Regierung in den letzten Monaten ihre Stellung dem Memelgebiet gegenüber einer gewissen Korrektur unterzogen hat, nimmt die Deutsche Reichsregierung die Litauen betreffende Ausnahme, die sie einst machen mußte, zurück und erklärt sich unter der Voraussetzung eines wirksamen Ausbaues der garantierten Autonomie des Memelgebietes bereit, auch mit Litauen einen solchen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

In ihren früheren Erklärungen haben der Führer und andere Mitglieder der Reichsregierung wiederholt darauf hingewiesen, daß die Einstellung des Reiches zu Litauen in entscheidendem Maße davon abhängt, wie sich die litauische Regierung gegenüber der garantierten Autonomie des Memelgebietes verhält. Dieser grundsätzliche Standpunkt der Reichsregierung hat sich auch jetzt nicht geändert. Auch in dem erwähnten Satz des Memorandums wird die Abhängigkeit des deutsch-litauischen Verhältnisses vom litauisch-memeländischen Verhältnis noch einmal ausdrücklich betont. Das Angebot des Nichtangriffspaktes geht von der Voraussetzung eines wirksamen Ausbaues der memeländischen Autonomie aus. Man kann nun beim besten Willen nicht behaupten, daß die bisher bestehende Regelung aus-

gereicht hat, das Memelgebiet vor litauischen Uebergriffen zu schützen. Es wäre also notwendig, einen wirksameren Schutz der memeländischen Rechte zu schaffen. Es wird die Aufgabe deutsch-litauischer Verhandlungen sein, geeignete Methoden zu finden. Der Führer hat in seinem Interview mit Ward Price darauf hingewiesen, daß „Deutschland sich sicherlich nur freuen würde, wenn z. B. eine andere Macht — sagen wir England — als unparteiischer Mediator praktische Vorschläge zur Lösung dieser Fragen machen würde“.

Eines kann in dieser Beziehung wohl schon jetzt festgestellt werden, daß nämlich nicht nur der Abschluß, sondern auch der Fortbestand eines Nichtangriffspaktes von dem einwandfreien Verhalten Litauens gegenüber dem Memelland abhängig gemacht werden muß, d. h. daß ein Nichtangriffspakt nur so lange in Kraft bleiben kann, wie Litauen sich an die in bezug auf das Memelland geltenden Schutzbestimmungen hält. Ein solcher Pakt kann für Litauen kein Freibrief sein, die memeländischen Autonomierechte zu schmälern.

Inzwischen haben in Berlin die bereits angekündigten Wirtschaftsverhandlungen mit Litauen begonnen. Als deren Grundlage soll der deutsch-litauische Handelsvertrag von 1928 dienen, der den Erfordernissen der Gegenwart angepaßt werden soll. Weiter heißt es, daß zwischen deutschen und litauischen Regierungsovertretungen auch Unterhaltungen über die Befriedigung der öffentlichen Meinungsbildung in den beiden Ländern angeknüpft worden sind.

Ostland-Chronik

Litauisch bedeutet landfremd

Zu dem Ergebnis der Kreisstagswahlen in den drei Landkreisen des Memelgebietes, über das an dieser Stelle bereits berichtet wurde, sind noch einige interessante Einzelheiten mitzuteilen. Im Landkreis Memel, zu dem die Stadt Memel nicht gehört, wurden 14 Deutsche und 6 Litauer gewählt. Von den litauischen Kreisstagsabgeordneten sind vier als Vertreter der litauischen Arbeiter und Beamten und nur zwei als Vertreter der litauischen Landwirte gewählt worden. Der Landkreis Memel trägt durchaus ländlichen Charakter und hat bei früheren Kreisstagswahlen auch kaum jemals Angehörige nichtlandwirtschaftlicher Berufe gewählt. Daß jetzt auf litauischer Seite nur zwei Landwirte vier Angehörige anderer Berufe gegenüberstellen, erklärt sich aus der starken Zuwanderung litauischer Arbeiter und Beamten während der letzten Jahre. Weiter ist zu beachten, daß mit Hilfe der litauischen Banken im Landkreis Memel bereits eine größere Zahl litauischer Landwirte angelegt worden ist, die dort bereits eine Bodenfläche von etwa 12 000 Morgen besitzt. Auch bei diesen handelt es sich durchweg um Elemente, die von jenseits der alten russischen Grenze herangezogen worden sind.

Am Kreistag Hendrikung hat sich die litauische Zuwanderung bisher noch am wenigsten bemerkbar gemacht. Hier haben 7 verbundene litauische Listen drei Abgeordnete, und zwar zwei Landwirte und einen Kaufmann, und 2 andere verbundene litauische Listen einen Arbeitervertreter erhalten. Anders liegen die Verhältnisse wieder im Kreise Pogegen. Hier werden vor allem in den Grenzorten Pogegen und Uebermemel bei der Eisenbahn-, Post- und Zollverwaltung fast ausschließlich Personen beschäftigt, die aus Innerlitauen herbeigekommen sind. Daher entpricht das Wahlergebnis hier auch demjenigen im Landkreis Memel. Unter den vier gewählten litauischen Abgeordneten befinden sich zwei Postbeamte, ein Eisenbahnbeamter und nur ein Landwirt. Und dieser Landwirt ist auch nur durch vier verbundene litauische Listen in den Kreistag gelangt, während die beiden memeländisch-

deutschen Listen dieses Kreises nicht weniger als 17 Kreisstagsabgeordnete erhalten haben. Aus dem Befragten ergibt sich, daß das altlitauische Element des Memelgebietes sich von den litauischen Listen, die es früher zum Teil gewählt hat, so gut wie ganz abgewandt hat. Die Wähler dieser Listen legen sich fast ausschließlich aus zugewanderten landfremden Elementen zusammen.

Benachteiligung der Larnowitzer Deutschen

In der Larnowitzer Stadterordnetenversammlung vom 27. Februar erhob der Stadterordnete Klose im Namen der Deutschen Fraktion Einspruch gegen die systematische Benachteiligung der deutschen Bevölkerung durch die litauischen Behörden: ... Es ist leider nicht das erste Mal, daß wir auf derartige Erscheinungen, in denen wir eine Benachteiligung der Angehörigen der deutschen Minderheit sehen, hinweisen müssen ... Unsere an die letzte Erklärung geknüpfte Hoffnung, daß in Zukunft alle Maßnahmen der Stadterhaltung vom Geiste des Rechtes und der Gerechtigkeit getragen sein würden, hat sich leider nicht erfüllt. Denn in der Zwischenzeit haben wir wieder eine Reihe peinlicher Feststellungen machen müssen ... Am Dezember 1934 und 1935 sind seitens des Magistrats über 3000 Klotz zur Anschaffung von Schuhen für arme Kinder bereitgestellt worden. Wir müssen feststellen, daß die Kinder deutscher Eltern in keiner Weise bedacht worden sind, obwohl einige von ihnen nicht einmal die Schule besuchen können, da sie keine Schuhe haben ... Eine weitere Benachteiligung der deutschen Kinder erblicken wir darin, daß ihnen mit Beginn des laufenden Schuljahres die bis dahin täglich verabfolgte Milch entzogen wurde. Erst nach Wochen, nachdem der Vorsitzende der Kinderbeschulungskommission wiederholt vorstelleig geworden war, sind der Minderheitsschule für über 400 Kinder täglich acht Liter Milch zur Verfügung gestellt worden, so daß nur 32 Kinder täglich einen Viertelteiler erhalten und die anderen leer ausgehen ... Es mußte auch wiederholt festgestellt werden, daß deutschen Arbeitslosen, die infolge der Wirtschaftskrise unerschütet in Not und Elend geraten sind,

Ihre Wirkligkeitschaft in Deutschland kulturellen Vereinen vorgehalten worden ist und sie mit Unterfertigungsgesuchen an diese verwiesen worden sind. Darüber hinaus sind deutsche Arbeitslose, die beim städtischen Arbeitsamt um Arbeitsbeschäftigungen vorstehen, wenn sie Aussicht hatten, eine Stellung zu erhalten, abgelehnt worden, weil sie keiner polnischen Organisation angehörten oder weil ihre Kinder die Minderheitsschule besuchten. Auf diese Weise sind viele Arbeitsstellen für Mitglieder der deutschen Minderheit verloren gegangen. In diesen Fällen hat die unterrichtliche Behandlung besonders bittere Gefühle bei den Betroffenen und allen denen ausgelöst, die sich noch ein Herz für die Not und das große Elend unserer Zeit bewahrt haben. . . Für alle diese Vorgänge trägt zweifellos der Herr Bürgermeister die Verantwortung. Doch scheint es uns, als wenn sein Wirken von hinter ihm stehenden Kräften beeinflusst wird, die ihn an der Erfüllung seiner bei der Amisübernahme übernommenen Verpflichtung, allen Bürgern ohne Ausnahme gerecht zu werden, hindern."

Der große Unbekannte

Zeit der Handlung: Sonnabend, der 7. März, mittags 1 Uhr. Ort der Handlung: Das Treppenhaus des Verlagsgebäudes der „Polska Zachodnia“, des mit Recht so beliebten Blattes des Wojewoden Gragnyński. Darsteller: Jan Kozminki, 26 Jahre alt, wohnhaft in Benzin, Mitglied der (inzwischen teilweise aufgelösten) Nationaldemokratischen Partei. Grund der Aufregung: Eine Dynamitbombe, mit deren Hilfe besagter Kozminki die Wände behaftigt, den Fußboden aufgerissen und die Fenstergehäuse klemmgemacht hat. Anklage auf der Polizeibeckung: Ein Unbekannter soll Kozminki den Auftrag gegeben haben, das gefährliche Ei in das erwähnte Nest zu legen. Nachspiel: Von der Polizei sind bald nach dem Dynamitanschlag verschiedene Personen, die sich in der Nähe des Gebäudes befanden, festgenommen worden. Dazwischen auch ein gewisser Etschiga, der sich bei der Vernehmung als Deutscher bekannte und einige Chemikalien bei sich trug. Woraus die „Polska Zachodnia“ mit großer Heftigkeit und wenig Logik den Schluß zog, daß irgendeine Geheimnisvolle, von ihrem Scharsbild leider noch nicht enträtselte Verbindung zwischen dem Attentäter und den Deutschen bestehen müsse. Kommentar: Etschiga ist Drogist; bei den Chemikalien hat es sich um Eignost und Ammonit gehandelt; Etschiga ist an der Sache völlig unbeteiligt gewesen! Das hat die „Polska Zachodnia“ auch ein wenig kleinlaut später zugeben müssen. Die Polizei hat verschiedene Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei, die im Verdacht der Mitbeteiligung beim Anschlag stehen, festgenommen. Der große Unbekannte, an dem das Blatt des Wojewoden indes die deutschen Konturen zu erkennen meinte, hat sich in eiton Punkt aufgelöst. An sich eine nebenläufige Angelegenheit, aber immerhin für die Weiterstrichung dieses Blattes bezeichnend genug, um nicht übersehen zu werden.

Ein interessantes Manuskript Prąpżyjewskis

In der polnischen Literaturzeitschrift „Wiadomości Literackie“ wurde kürzlich ein äußerst interessantes, bisher unbekanntes Manuskript des polnischen Dichters Stanisław Prąpżyjewski veröffentlicht, das der Vergessenheit entziffen zu werden verdient. Prąpżyjewski hat damit noch im Grabe dem „Kurjer Poznański“ Nummer bereitet, der denn auch in einem scharf gehaltenen Artikel einen klaren Trennungsschritt zwischen sich und diesem seinem Landsmann zieht. Das ist begreiflich, wenn man die Worte Prąpżyjewskis liest: „Während dieser zehn Jahre seit meinem 20. Lebensjahre, die ich an der Berliner Universität verbrachte, riß sogar die Verbindung mit meiner eigenen Heimat Großpolen (Polen); schließlich hatte die Germanisierung dort solche Fortschritte gemacht, daß sich sogar die Polen untereinander der deutschen Sprache bedienten. Und das ist eine Wertvertreibung — vielleicht können es die dortigen Bewohner bestreiten — es unterliegt aber nicht dem geringsten Zweifel. Wäre der Welt-

seitig 50 Jahre später ausgebrochen, so wäre Großpolen vollkommen germanisiert gewesen. Es gibt keinen Volksstamm in Polen, auf den sich in so hohem Maße der Anspruch beziehen ließe: „Abi bene, abi patria“ (Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland), als gerade auf das polnische Volk in Großpolen. . . . Warum diese Dinge jetzt aufrollen, die man so gern vergessen möchte, obwohl Polen und Pommerellen gern an die preußischen Zeiten zurückdenken und sehr schmerzlichen Brides nach drüben schauen. . . . Ah! Und mit welcher Sehnsucht denken Polen und Pommerellen bis heute an die preussische Ordnung! Und mit welchem Haß schauen sie doch auf das bettelarme Klein- und Mittelpolen, dessen Stütz der polnischen Volksheimat!“ Man kann es verstehen, daß die Zeitgenossen nach der Letztäre dieser Sätze nach einem kleinen Stärkungsmittel verlangen.

Ueberfall auf eine deutsche Frau

In Friedenschütte ereignete sich am 2. März ein bezeichnender Vorfall. In den Mittagstunden kam ein junger Mann in die Wohnung der deutschen Witwe Poloczka und erkundigte sich nach deren Sohn. Nachdem er von der Frau, die in dem Fremden einen Freund ihres Sohnes vermutete, erfahren hatte, daß dieser sich nicht in der Nähe befand, flüchtete er sich mit dem polnischen Schlächtruf „Verfluchter Hitler! Verfluchter Grenzschutz!“ auf die wehrlose und völlig überraschte Frau und verleschte ihr zwei wichtige Hautstücke in Gesicht. Als Frau Poloczka wieder zu sich kam, war der Pole verschwunden. Die Frau, die der deutschen Volksgruppe angehört, ist schon mehrfach angepöbel und mißhandelt worden. In letzter Zeit ist ihr auch ein Brief ins Haus geschickt worden, der die Unterschrift „Die Morbtkommission“ trug und Drohungen gegen sie und ihren Sohn enthielt.

Ukrainer statt Ruthenen

Es hat zu den immer wiederholten Forderungen der Ukrainer in Polen gehört, daß die im polnischen Amtsgebrauch übliche und vorgezeichnete Bezeichnung der Ukrainer als „Ruthenen“ abgeschafft wird. Von polnischer Seite ist von jeher für die in Galizien wohnenden Ukrainer diese früher auch bei der österreichischen Verwaltung übliche Bezeichnung angewandt worden, in der Abt, durch die Verschiedenartigkeit der Bezeichnungen die galizischen als ein von den übrigen Ukrainern zu unterscheidendes Volkstum erscheinen zu lassen. Rummehr hat der polnische Innenminister in einem an die Wojewoden und den Regierungskommissar der Stadt Warschau gerichteten Schreiben festgestellt, daß die im Gesetz vom 21. Juli 1924 über die Staatsprache gebrauchte Bezeichnung „ruthenisch“ sich auf den Teil der Bevölkerung bezieht, der seine Nationalität und Sprache als „ukrainisch“ bezeichnet, und daß der Gebrauch der Bezeichnung „ukrainisch“ mit dem Geist des erwähnten Gesetzes nicht in Widerspruch steht und keinen Anlaß zu Beschränkungen oder Erschwerungen geben soll. Damit ist also die Bezeichnung „ukrainisch“ amtlich anerkannt worden. Jedoch ist die diesbezügliche Forderung der Ukrainer durch dieses Rundschreiben noch nicht erfüllt. Denn dieses erlaubt es wohl dem Ukrainer, sich als „ukrainisch“ zu bezeichnen; es enthält jedoch keine Verpflichtung für die Behörden, diese Bezeichnung gleichfalls anzuwenden.

Die Sowjets wollen nicht zahlen

Im Zusammenhang mit den Diskussionen der polnischen Presse über die in Deutschland eingefrorenen polnischen Forderungen aus dem Durchgangsverkehr erinnerte die „Gazeta Polska“ kürzlich daran, daß sich die Sowjetregierung seit 14 Jahren mit der Zahlung von 140 Millionen Zloty, die sie auf Grund des Rigauer Friedensvertrages Polen schuldet, im Rückstand befindet. Andere polnische Blätter schloßen sich der Meinung der „Gazeta Polska“ an, daß es nun endlich an der Zeit sei, daß die Sowjetregierung an eine Begleichung dieser Schulden denke. Die Moskauer Antwort, die auf diese Mahnung erfolgte, war für Polen wenig erfreulich. Die

„Iswestia“ wies die polnischen Ansprüche in hohem Grade als unbegründet zurück. Es trifft zwar zu, daß die Sowjetregierung sich im Rigaer Vertrage verpflichtet habe, 30 Millionen Goldrubel in bar als Entschädigung für die in der russischen Industrie angelegten polnischen Kapitalien an Polen zu zahlen. Diese polnischen Forderungen seien aber schon längst hinfällig geworden; denn „die Rubelzüge weißrussischer Banken in Weißrussland und der Ukraine“ die Polen in Verletzung des Artikels 5 des Rigaer Vertrages gebudet und unterstützt habe, hätten die Sowjetunion um 80 Millionen Goldrubel geschädigt. Das Moskauer Blatt fügt sich dabei auf „eine feinerzeit vorgenommene Schätzung der Sowjetregierung“ und gelangt zu der Feststellung, daß es sich auf polnischer Seite um Ansprüche handle, „die von uns abgelehnt werden, und denen unsere eigenen, auf einem internationalen Vertrag beruhenden Forderungen entgegenstehen“.

Ein Slowake — tschechischer Gesandter in Warschau

Fast ein Jahr lang war der tschechische Gesandtenposten in Warschau verwaist. Ende Februar endlich überreichte der neue Gesandte der Tschechi, Dr. Juraj Slawik, dem polnischen Staatspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Slawik verleihte in seiner Ansprache nicht, darauf hinzuweisen, daß er slowakischer Abstammung sei, und daß diese Tatsache ihm das polnische Volk stets als Bruder-volk habe erscheinen lassen. Er erklärte weiter, daß er und seine (slowakischen?) Landsleute das polnische Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit stets zu schätzen gemüht hätten und nicht glauben könnten, daß das freie und geeinte Polen für die Freiheit und Einheit der Tschechoslowakei nicht volles Verständnis aufbringen könne. Er wisse, daß es zwischen Polen und der Tschechi Probleme gebe, deren Lösung man sich in Prag anders als in Warschau vorstelle. Aber er glaube, daß auch diese Probleme zur Zufriedenheit gelöst werden könnten. Kürzer und zurückhaltender als die Ansprache Slawiks war die Antwort des polnischen Staatspräsidenten, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß ein tieferes Studium der polnischen Außenpolitik von tschechischer Seite das Verständnis zwischen Polen und der Tschechi vertiefen könne, und die Worte des Obersten Bed wiederholte, daß nämlich jedes Zeichen des guten Willens, das die Tschechi geben werde, von der polnischen Regierung und der polnischen Öffentlichkeit wohlwollend aufgenommen werden würde. — Die Ansicht der Prager Regierung, durch die Entsendung eines Slowaken nach dem Warschauer Gesandtenposten aus der slowakischen Stimmung Polens Vorteile für ihre Außenpolitik zu ziehen, ist unverkennbar. Aber es ist anzunehmen, daß man in Polen einen Unterschied zwischen einem vorkstreuen Slowaken und einem slowakischen Handlanger der tschechischen Politik zu machen wissen wird.

Die Aus- und Rückwanderung Polens 1935

Nach den Angaben des Warschauer Statistischen Hauptamtes sind im vergangenen Jahre 53 790 Personen aus Polen ausgewandert und fast ebenso viele, nämlich 53 431 Auswanderer, nach Polen zurückgeführt. Die Zahl der Auswanderer und der Rückwanderer verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

nach bzw. aus	Auswanderer	Rückwanderer
Frankreich	1 358	35 451
Deutschland	1 029	221
Estland	16 114	15 810
übrig. Europa	666	702
Verzinsigte Staaten	1 210	229
Kanada	1 408	521
Argentinien	3 619	436
Brasilien	1 314	42
Uruguay	543	24
übrig. Amerika	176	—
Palästina	24 758	298
andere Länder	210	206

Demnach war die polnische Auswanderung im vergangenen Jahre in der Hauptphase nach überseeischen Ländern gerichtet, während die Rückwanderer in der Uebersahl aus europäischen Ländern nach Polen zurückkehrten. Unter den Ländern, die polnische Rückwanderer entlassen, steht Frankreich den bekannten Gründen weitaus an erster Stelle. Dagegen ist Palästina dasjenige Land, das die meisten Auswanderer aus Polen (Juden) aufnahm. Eine erhebliche Bedeutung nahm in der polnischen Wanderungsbewegung Estland ein; bei den Aus- und Rückwanderern handelte es sich in diesem Falle fast durchweg um Saisonarbeiter, zu deren Herteinnahme die an Arbeitskräften arme lettische Landwirtschaft angewiesen ist. Bei den aus Polen nach Deutschland auswandernden Personen handelte es sich vorwiegend wohl um deutsche Staats- bzw. Volksangehörige, die aus irgendwelchen Gründen zum Verlassen des Landes gezwungen waren. Unter den überseeischen Ländern stehen (von Palästina abgesehen) die lateinamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien und Uruguay an erster Stelle, während die nordamerikanischen Länder, in denen slawische Zuwanderer nicht gern gesehen werden, als Wanderungsziele für Auswanderer aus Polen nur in geringem Maße in Frage kommen. Aus dem Vergleich der Aus- und Rückwanderungsziffern geht hervor, daß es sich bei der polnischen Auswanderung in europäische Länder ganz überwiegend um Zeitwanderer, bei der Auswanderung in außereuropäische Länder dagegen vorwiegend um Dauerwanderer handelte.

„Niebezpacznostno zydowskie“

Die Tatsache, daß es in Polen nicht nur ein auf weite Sicht gesehen ungemein kompliziert zu lösendes Judenproblem gibt, sondern daß in weiten polnischen Kreisen der Gedanke einer akuten Judenfrage lebendig geworden ist, muß als wichtig und interessant festgestellt werden. Es ist auch nicht mehr lo, daß der Antisemitismus ausschließliche Domäne der nationaldemokratischen Parteibökratie in Polen ist, sondern man muß sich gegenwärtig, daß auch in weiten Kreisen der Bevölkerung, die dem Willkür-Regime nachhelfen, starke antijüdische Strömungen vorhanden sind. Ganz besonders gilt das von großen Teilen der polnischen Jugend. Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß in Abwehr zu den zahlreichen Veröffentlichungen jüdischer Autoren besonders in letzter Zeit die Zahl der Schriften steigt, die in scharfem ablehnenden Sinne zur Judenfrage Stellung nehmen. Zu diesen Schriften gehört die Broschüre: „Die jüdische Gefahr“ von Wildeckt, die soeben in Polen erschienen ist. Das Buch beschränkt sich nicht allein darauf, das polnische Judenproblem zu behandeln, sondern will als Aufführungsschrift über das Judentum und seine internationale Verflechtung überhaupt dienen. Deshalb werden die Grundlagen jüdischer Weltanschauung, die religiösen Fundamente des Judentums, das Eindringen der Juden in die Presse, der Anteil der Juden an den revolutionären Bewegungen, die Einflüsse der Juden auf die Arbeiterklasse einleitend eingehend behandelt. Besonders Interessiert dürften die Abschnitte „Die Juden in Polen“, „Die Stellung der Juden in Handel und Handwerk“ haben. Nachdem der Verfasser zunächst auf den Einfluß der Juden in Italien hingewiesen hat, die Erschütterung ihrer Stellung in Deutschland andeutet, wendet er sich den eigentlichen polnischen Problemen zu, wobei es besondere Beachtung verdient, daß der Verfasser eine zunehmende Verjudung der polnischen Westgebiete feststellt. Insbesondere gilt das von Oberschlesien, wo man „in der Hauptstadt Katowice sowie in den anderen industriellen Zentren Massen von Juden sehen kann, die diesem reichen und dicht besiedelten Lande schon fast den Charakter der Städte des russischen Teilgebieten geben“. Auch die Zunahme der Verjudung des Handels in Westpolen, insbesondere in den kleineren polnischen Städten, wird als ungeheures Gefahrenmoment wohl durchaus richtig vom Verfasser gesehen. Die übermächtige Stellung der Juden im polnischen Handel kann nach Ansicht Wildeckts nur durch eine zentrale Abwehrorganisation des Judentums gegen das Judentum gebrochen werden.

Bücher über den Osten

Die Bevölkerungs im Kampf mit Polen und den Bolschewismus in den Jahren 1919-1920. Von Dr. Richard Schickel. L. Kautzsch und Zimmann Verlag, Berlin, 1934, 349 Seiten, in Wortgedruckt. Preis 16,00 M.-. — Die Arbeit ist in der Zeitschriftreihe der Kriegsgeschichtlichen Abteilung im Militärhistorischen Seminar der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin erschienen. Sie behandelt einen nicht nur in Deutschland noch viel zu wenig beachteten Abschnitt der osteuropäischen Nachkriegsgeschichte: die Entwicklung und den Untergang des westukrainischen Staates. Eine tiefe Tragik liegt über diesem Wahnwitz der Geschichte des ukrainischen Volkes. Der Zusammenbruch der bolschewistischen Diktatur hat den Ukraine den Weg zum freien Staat und zur Freiheit eröffnet. Aber wegen der politischen Verhältnisse ihrer Führer noch die militärischen Leistungen ihrer Truppen hatte schicksalhaft Erfolg. Unter den 'Legionen' des Großen Krieges war keiner, dem erstlich daran gelegen war, daß der Grundstein des Selbstbestimmungsrechtes, in dessen Namen angeführt der Krieg gegen die Mittelmächte geführt worden war, auch auf das ukrainische Volk ausgedehnt würde. Der streifenlosen Bevölkerung ihrer Heimat war der herrschende Glaube der westukrainischen Führer an den Zweck der neuen Ordnung überhaupt nicht gewachsen. Der wirtschaftslose Wüstenstaat zwischen den Aufschwüngen der west- und der ostukrainischen Führer verurteilte die diplomatische Vertretung und läufte in allen entscheidenden Situationen die militärische Vorbereitung der gesamtukrainischen Sache. Es läßt sich daher sagen, welcher dieser Führer die größte Schuld an dem schicksalhaften Zusammenbruch der jungen ukrainischen Staatsidee trägt. Bemerkenswert bleibt in jedem Falle die völlige Energie, die das ukrainische Volk in jener Zeit, in der ihm die Möglichkeit zur Errichtung eines eigenen Staates gegeben, in sich selbst und an den Tag gelegt hat. Es hat auf dem Boden des Chmelizismus launten des allgemeinen Zusammenbruches nicht nur beständige festsitzende Kräfte bewiesen, sondern trotz wenig ausgleichender Nahrung auch unermüdete militärische Leistungen vollbracht. Vor allem verdient hier eines hervorgehoben zu werden: Der ukrainische Kampf gegen den friegerischen Bolschewismus hat dem polnischen Staate die Möglichkeit gegeben, seine Kräfte zu konsolidieren, das schicksalhafte Ende der ersten Unabhängigkeit zu überwinden und eine für die nächsten Jahrzehnte durchaus beachtliche Kräfte zu leisten. Jeder ukrainische Kampf ist es vor allem gewesen, der das wiederkehrende Polen davon bewahrt hat, schon im ersten Jahre seines Bestehens an breiter Front sich mit dem streifenlosen Bolschewismus messen zu müssen. Es ist daher eine besonders unerwartete Erscheinung der polnischen Propaganda, daß sie dieselben ukrainischen Truppen, die ein Jahr lang mit ihren Verbündeten die Wälle des Bolschewismus von Polen fernhielten, bei den Westukrainen als bolschewistische Verbände versetzt hat. Diese Leute sind sich des Besitztums im Kampfe, namentlich im Jahre 1920 den Angriff der Roten Armee auf Europa voraussetzungen zu haben, jo geübt der politische Instanz, fernhalten, daß es im Jahre 1919 die Ukraine gewesen sind, die das größte Verdienst auch für sich in Anspruch nehmen können. Als im November 1919 die Truppen der ostukrainischen Armee vor den Polen und die Reste der westukrainischen Armee vor Danzig kapitulierten, war der Kampf um die Verdrängung einer ukrainischen Staatsidee beendet. Aber die Idee, um den ukrainischen Namen als Bezeichnung für eine neue, selbständigen Staat, die in ihrem Dasein gebracht worden waren, geblieben. Das umfangreiche Buch schließt sich vorzeitig mit der Entwicklung dieses Kampfes in allen seinen Gruppen. Es stellt der Geschichtsschreibung eine Fülle bis dahin unbenutzten Materials zur Verfügung. Es bricht die Monopopolstellung, die die tendenziöse polnische Geschichtsschreibung in dieser Frage bis dahin innehatte. Man wird einwenden können, daß der Verfasser durch seine reichliche Verwendung von Dokumenten und ungenutztem Material, was die wichtigsten militärischen Ereignisse besonders notwendig nähere Schilderung fahrt, und daß er in der Beschreibung politischer Vorgänge mitunter zu lange bei theoretischen Erörterungen darüber verweilt, was geschähen wäre, wenn dieses oder jenes anders gemacht worden wäre. Das ändert jedoch an der grundsätzlichen Bedeutung nichts, die man seiner Arbeit beimessen darf. Es ist vor allem in bezug auf die letzten Teile Europas, die durch die Nachkriegsordnung noch nicht in Freiheit zu sein gekommen sind, notwendig, zu wissen, welche politischen Kräfte die nicht autorisierten Verbände hervorgebracht waren, und welche Maßnahmen sich dort durchführen verdrühten. In dieser Hinsicht hat das Buch ausschlaggebend viel zu bieten.

Dr. K.

Die Zeitfragen. Von Kurt Witt. Koll und Weiss Verlag, Leipzig, 1933, 291 Seiten, Preis 9,00 M.-. — Als im vergangenen Jahre der polnisch-sowjetische Streit um die Behandlung der polnischen Volksgruppe in der Tischowinzone ausbrach, wurde die deutsche Zeitjournalistik wieder einmal daran erinnert, daß auch im Zeitalter der Schrecken eine Frage besteht, die durch die Verdrängung der Bevölkerungs offensichtlich nicht erlöschen könnte. Aber damals aber, durch die Verdrängung der Bevölkerung, ist über die Hintergründe dieser Frage genauer zu unterrichten möglich, geriet durch das Buch benutzbar. Der ukrainische Literatur ist ver-

legentlich. Dem empfindlichen Kautzsch hat das genusspendende Buch von Kurt Witt ein Ende gemacht. Es ist die umfassendste Darstellung des Zeitfragen Problems, das die polnische Literatur nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes aufweisen kann. Kurt Witt untersucht zunächst die geschichtlichen Voraussetzungen, die völkertypischen Grundlagen und die wirtschafts- und verfassungspolitischen Elemente dieses Problems. In der Hauptsache aber ist seine Arbeit der Untersuchung der Nachkriegsentwicklung des Zeitfragen Landes gewidmet. Eingehend werden alle Phasen des polnisch-sowjetischen Kampfes um die künftige Zugehörigkeit dieses Gebietes geschildert. Wichtig werden die von den kriegenden Parteien vorgebrachten Argumente beleuchtet. Seine Klarheit und Scharfheit der Darstellung und die auf eine kausale Verknüpfung des völkertypischen Lesens abzielenden Vektoren, die von den Trägern des Landes und den mit dem Deutschsein unpaathisierenden Elementen getragen wurden, Vektoren, die von Witt der Unterwelt wurden, aber keine Aussicht auf Bewirkung hatten in einer Zeit, die in der Zeit der Verdrängung bestanden. Verstandes im vorübergehenden Anlaufe ersuchte. Bemerkenswert sind die Parallelen, die zwischen dem Schicksal der Zeitfragen und demjenigen des unmittelbar benachbarten ostpreussischen Landes bestehen, insofern hinsichtlich der Kampfmittel der Polen, wie hinsichtlich der Behandlung der Frage durch die Sieger des Großen Krieges. Für die reichsbräutliche Zeitjournalistik war Zeichen vor dem Kriege keine Frage, für die sie sich interessieren. Nach dem Kriege war diese Frage durch bindendere und näherliegende Probleme verdrängt. Heute aber ist es an der Zeit, daß auch diese Frage in das politische Mischfeld der deutschen Zeitjournalistik gerückt wird. Nicht nur das heißt, es ist beleuchtet der Frage des Zeitfragen Volksgruppen, sondern auch, in dieser Raum eine wirtschafts- und völkertypischen Mittelpunkt ist, in dem sich die wesentlichen Interessen zweier Nachbarstaaten des Deutschen Reiches befinden. In wölkischer wie in politischer Beziehung ist Zeichen eine Frage, die noch nicht beantwortet ist. — Die völkertypische Seite des Problems ist an Hand des Buches von Kurt Witt bereits in „Eiland“ Nr. 4 ausführlicher dargestellt worden.

Dr. K.

Bevölkerungsstand in Preußen. Von Erich Weigel. Preußenverlag, Leipzig, 1933, 60 Seiten. Mit einigen Bildern. — Teile in der Reihe der abnehmend ausgeschalteten „Preußenverlag“ erscheinende geschichtliche Abhandlung des Königsberger Hochschullehrers Dr. Erich Weigel, hat die Bedeutung der Bevölkerung in der Größe, Ereignisse und Auswirkungen der Bevölkerung, die im Jahre 1933 in den Landeshöfen und Provinzen ausbrachen. Es handelt sich nicht eigentlich um einen Aufsatz, sondern um einen Abhandlungsmittel gegen die Zersplitterung der ererbten bürokratischen Kräfte durch den mächtig gewordenen Herr. Wie wollen und werden alle Teile des und unteren geschichtlichen Arbeit voran zu Preußen von deren, sonst keine Zeitgeist, sich es in einem Schreiben zur künftigen Zukunft. Wenn die Zusammenfassung mit dieser These nicht zu verstanden wurde, dann nicht durch die Bayern, die wiederum nicht schmälern, aber wohl ihr eigenes, einst vom Erben gelegtes Recht erhalten wissen wollten, sondern durch den selbständigen Adel, von dem sich Herzog Albrecht in jünzweiliger Abhängigkeit befand. Der Vertrag hat die französische Unterdrückung zwischen sich und dem Bayern am später wieder zu in machen verdrängt, aber er kam gegen die geschlossene Macht der Adligen Elise nicht an. Had an den Bayern erfüllt sich das traurige Schicksal, dessen schicksalvolle Folgen ja beiseiten heute eine Substanz zu löbende Aufgabe ist.

Dr. K.

Der österreichische Kampf und das deutsche Geistesleben. Von Prof. Dr. Kurt P. von der Tischowinzone (Max Felder) Leipzig, 1933, 248 Seiten, Preis 4,50 M.-. — Als die deutsche Literatur seit dem Beginn des Weltkrieges sich dem Kampf um die Selbstbestimmungsrechte der polnischen Volksgruppe zuwenden, hat die deutsche Literatur in der Zwischenzeit eine reiche Ernte an den Quellen seiner österreichischen Heimat. Es kommt Platz darauf an, der fassen und geringfügigen Vorkommnisse, die der bismarckische vielfach noch von Kämpfen hat, durch die Betimmung der völkischen und rassistischen Gleichwertigkeit des österreichischen Völkchen mit den Angehörigen anderer deutscher Stämme und durch den Hinweis auf die trübende Mitwirkung des österreichischen Völkchen zu geamtdeutschen Geistes- und Kulturleben entgegenzutreten.

Dr. K.

Prof. Wilhelm Bruchmann. Sein Leben und sein Werk. Zeitfragen der Gesellschaft der Freunde des Ukrainischen Völkertums, Leipzig, 1934, 40 Seiten. Preis 2,50 M.-. — Wie die ukrainische Literatur war, das was der im vergangenen Jahre verlebte Bruchmann war für die ukrainische literarische Welt. Mit seiner lebendigen Geschichte der Ukraine, seiner fähigen und geschickten Publikationen hat er für die Geschichtswissenschaft seines Volkes Einiges geleistet. Er ist nicht nur ein ungenutztes und erlöschendes Völkchen, sondern ein glänzender Zeitschriftler, des ukrainischen wissenschaftlichen Lebens, nicht nur ein, sondern ein internationaler Völkchen, sondern auch ein trübender Erbe.

erworbene Erfahrungen weiterzuführen. Zahl der als Vorträge, als der in der Zeit des russischen Zusammenbruchs an der Spitze des ukrainischen Volkstrates gehalten hat, späterer, war die Zahl seines Lebens. In der vorliegenden Broschüre würdigen Prof. P. Palme, Prof. K. Sturpung und Prof. A. Uziela das Lebenswerk dieses Mannes. Im Hinblick ist eine bedeutsame Arbeit für das Ukrainische, der der die Selbständigkeit der ukrainischen gegenüber der russischen Geschichte abgrenzt. Dr. K.

Die ungarische Volksepoche im Spiegel der Zeitpolitik. Von Dr. Frank Mojnik. Verlag von K. Eidenbourg, Blüthen u. Berlin. 1935. 25 Seiten. Preis brosch. 6.80 RM. Die Schrift, zu der Prof. Karl Eidenbaur das Vorwort geschrieben hat, enthält die Lebens- und in Wirklichkeit der Veranstaltungen der Deutschen Akademie in Wien gehaltenen Vorträge. Mojnik umreißt in knapper Form einige der geschichtlichen Momente, die die ungarische Volksepoche geformt haben: Lirnenot, bolschewistische Zentralismus und Diktat von Trianon hebt er besonders hervor. Die ungarische Volksepoche ist heute eine ganz revolutionäre Epoche. Im Revolutionsgedanken konzentriert sich jede Kraft und Willensäußerung... Im kulturellen Leben der zersplitterten ungarischen Volkskörpers ist (in Weiskorn) gemessenweise eine Situation eingetreten, während sich in dem absterbenden Lebensleben das kulturelle Leben in einer bewundernswürdigen Mitte entfaltete. In der ungarischen Volksepoche breitet über die deutschen Völker, wird von Mojnik wohl erwähnt, aber nicht gewertet. Die immer wieder aufstimmenden, gegen das ungarische Deutschland gerichteten Propagierungsanstrengungen führt er auf die schamloseste Gesinnung ungarischer deutscher Bauernbeute zurück, eine Erklärung, die in ihrer zeitlichen Abgrenzung und die Bewertung weit fehlgriffen kann. Als einer der jüngerer ungarischen Generation ist Mojnik sich wohl darüber im Klaren, daß einerseits die Unterdrückung des deutschen Volkstums für die Befreiung zu Teufelsfind eine Befreiung darstellt und daß andererseits die Anerkennung der Lebensrechte der deutschen Volksepoche eine moralische Vorbereitung für die Anerkennung der ungarischen Revolutionsforderung ist. Dr. K.

Wielerm Doms. Ein offenes Leben für die Kunst. Von August Schöllis. Mit 28 Abbildungen nach Gemälden und Skulpturen. Verlag Die Akademie, Berlin. 1935. 36 Seiten. — Ansozial und Wiederbelebung der Bilder geben einen guten Überblick über das Werk des 1808 geborenen österreichischen Künstlers. Neben Bildern, die sich durch Stärke der Einföhrung auszeichnen, finden andere, die Gestaltung und Gesamtheit im Selbstgefühl, Anstößende, Inproportionelle verbergen. August Schöllis versucht in

seinem einflussreichen Text, an Hand der Schriften von Doms eine Erklärung dieses ungeliebten Bundes zu geben, der durch das Schaffen des Miniatures geht. Es sind Aufzeichnungen, die allzu große Anforderungen an die Phantasie und Wortknäueligkeit des Lesers stellen und die durch gewissam leitende Begriffe eher unübersichtlich als klar werden. Es, wenn J. D. der geklärten, literarischen Eindrücke Doms durch sorgende Zug abgemessen werden soll: „Wollte man von Dohnowitz bis zum Haager Vertrag eine Diktation stellen, von Ernst Theodor Amadeus Hoffmann bis zu Eidenbaur eine Verliste, so wäre der Stoff der Domschen Kunst im Mittelpunkt geschnitten.“ Dr. K.

Die Penie von Holendorf. Subtendentele Bauerntypologie in Holz geschnitten von Walter B. u. He. Verlag Grenze und Ausland, Berlin W. 30. 78 Seiten. Preis 1.80 RM. — In nordwestlichen Grenzgebiet liegt das alte deutsche Dorf Holendorf, eines unter hunderten anderer süddeutscher Dörfer. Professor Walter B. u. He hat die charaktervollsten Stüpe aus der Dorfgemeinschaft in weitestmöglichen Vollzügen sich gefahren. Zu jedem der Schritte hat der Targestellte selbst seinen Lebenslauf geschrieben. Schritte und Zusammenfassung der bedeutungsvollen Lebensereignisse hat B. u. He zu einem fesselnden, zukunftsmessigen, das besser vom unmittelbaren, als von langem Erzählen vermag, über die Penie von Holendorf berichtet. Dr. K.

Der deutsch-slawische Grenzraum als Zone politisch-historischer Auseinandersetzungen. Von Ernst B. u. He. Kommissionsergabe von Grenzrecht und Grenzland, 1935. 15 Seiten. — Der Aufsatz legt sich mit einigen wesentlichen Überlegungen auseinander, die vom Kreis um die Jellistritz, „Der Nasse Osten“ (Danz Schwarz, Harald Saenen, Friedrich Schinkel, Gisela Schilling, Carl Prüfer, Otto Weber-Krohje) vertreten werden. Er wendet sich vor allem gegen die Mythisierung des Raumes und die begriffliche Ueberschätzung des Presentismus, wie sie in diesem Kreise, der sich als Bewahrer des geliebten Landes Mutter von den Brüdern betrachtet, häufig sind. Er betont demgegenüber die raumbildende Kraft des Volkstums und das Presentium als eine Frage der Haltung. Dr. K.

Der 1917 der den Olympischen Spielen 1936. Von Hans D. v. v. 1011. Reichspostverlag Berlin SW 68. — Diese 176 Seiten umfassende Tagelenze enthält in alphabetischer Anordnung Kurzbiographien von mehr als 1000 Teilnehmern der Olympischen Spiele 1936. Es ist für jeden an diesem Weltkampf der Jugend der Welt Zuerstereiten ein menenreiches Nachschlagewerk.

Besucht den deutschen Osten

Wilde Posteninspektoren in Schlesien Wäden: Die schlesische Kurze geben beschließen, in der nächsten Kurze Passanten eine für solche Leute auszugeben, die sich auf der Durchreise befinden und nur einige Tage verweilen wollen, ohne Mittel in Anspruch zu nehmen. Die Scheine werden 6 Tage gelten und nur etwa 10 u. D. der sonst zu zahlenden Kurztaxe fohlen.

Reiseverkehr in Österreich: Mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse in Österreich hat der Reichsfremdenverkehrsverband es den österreichischen Reisebüros gestattet, den Beginn ihrer Reiseverkehr, für den sonst allgemein der 1. Juni gilt, auf den 15. Juni vorzulegen. Die Besucher brauchen also erst von diesem Tage an volle Kurztaxe zu zahlen.

Freizeitspiele in Marienburg und Elbing: Die in früheren Jahren vor allem durch ihre Bartholomäus-Blume-Aufführungen bekannt gewordenen Freizeitspiele auf dem Marktplan zu Marienburg sollen in diesem Jahre wieder zu Pfingsten stattfinden. Auch Elbing beabsichtigt, im kommenden Sommer Freizeitspiele anzustellen. Sie sollen im Juni, Juli und August im Minnimgesellen Hof des Dellengeit-Hospitals stattfinden und drei bis vier Aufführungen betragen.

Zeebriek Öpreuken: Den Kraftfahrern ist im Seebien Öpreuken, vor allem durch die besonderen Einrichtungen des Dammsers „Zaunenberg“, in beschränktem Umfang auch auf den Motorfahrzeugen „Hansefahrt Danzig“ und „Vrenken“, die Möglichkeit gegeben, Zeebriek nach Öpreuken zu unternehmen, ohne auf die Wäden des Königsbergs zurückgreifen zu müssen. Heber auf die Veränderung der Kraftwagen mit den Zeebriek-Schiffen ist seit das „Merblatt für Kraftfahrer 1936“ erschienen, das alle nötigen Einzelheiten, auch die Tarife, enthält und in den Reichsbüros beim Deutschen Automobil-Club sowie bei den Vertretungen des Dago-Zeebriekdienstes, des Norddeutschen Clouds und der Zeebriek Dampfboot-Gesellschaft J. B. Vrencken ausgeben wird. Als wichtige Notwendigkeit für dieses Jahr ist hervorzuheben, daß die Kraftfahrzeuge im Interesse des Seebüros jetzt grundsätzlich gegen Zeebriek versichert werden, nur

bei vorherigen Bericht auf Schadenerschaftsprüfung kann von dieser Versicherung, deren Gebühr niedrig gehalten ist, Abstand genommen werden. Um eine sachgemäße Behandlung der Kraftfahrzeuge zu gewährleisten, sind die mit der Verlobung beauftragten Offiziere und Mannschaften der Zeebriekschiffe in der Betreuung von Kraftfahrzeugen ausgebildet worden. Zur Sicherstellung der Beförderung sind die Kraftwagen 72 Stunden vor der Abreise unter Leistung einer Traghaftung (5 A. E. Wagen, 3 A. je Motorrad) bei der „Zeebriek-Dienststelle J. Wäler, Zeebriekmünde“, anzumelden.

Öpreuken Wäderstraße: Beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen wird zur Zeit ein Straßenbauplan bearbeitet, der die Schaffung einer Verbindungstraße zwischen den Wäden des Königsbergs und den Wäden des Zeebriek-Straßenverkehrs zu verstehen ist. Die Wäderstraße, die nach dem „Zeebriek Öpreuken“ in Villau ankommenden Öpreukenfahrern die Möglichkeit geben würde, unter Vermeidung des Umweges über Königsberg von Villau aus direkt nach Brüllertort und an die wädelische Seelandschaft zu gelangen, soll in Königsberg anfangen und — unter Einbeziehung von Sartau, dem südlichsten Ort der Königsberg Umgebung — die Wäder Graas, Neuflägen, Mönchen und Georganenwäde miteinander verbinden, um dann möglichst nahe an Brüllertort vorbei südwärts über Palmenland nach Villau zu führen. Bei Königsberg würde die Verbindung einteilig auf die öpreuken Reichsautobahn, andererseits auf die Reichstraße Königsberg-Ätherberg erhalten. Der Bau würde voranschreitend zwei Jahre in Anspruch nehmen.

**Werbt
für
„Ökland“**

**Arier-Nachweis
aus Polen**
Beschaffung sämtlicher
Dokumente sofort u. billigst
Richard Schulz
Poznan, Rybaki 7